

## Die Ruhe vor dem Sturm?

### Zur Situation in der DR Kongo fünf Monate vor den Wahlen

**Kinshasa, einige Tage nach dem 51. Jahrestag der Unabhängigkeit, fünf Monate vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Auf dem *Boulevard de 30 juin*, der Hauptstrasse im Zentrum Kinshasas, gibt es bewaffnete Zusammenstöße zwischen Anhängern der oppositionellen UDPS, der Partei Etienne Tshisekedis, und der Polizei. Demonstranten hatten gegen die offenbar fehlerhafte Durchführung der Wählerregistrierung protestiert, woraufhin die Polizei das Feuer eröffnete. Bisher war es ruhig in Kinshasa - die Ruhe vor dem Sturm?**

Am 28. November 2011 soll in der DR Kongo ein neuer Präsident gewählt werden. Die Popularität von Amtsinhaber Joseph Kabila, der 2006 seine Hochburgen vor allem im Osten des Landes hatte, schwindet zusehends, denn die Lebensumstände der Menschen haben sich in den letzten Jahren kaum gebessert. Das Land ist nicht zur Ruhe gekommen – Korruption und Misswirtschaft bestimmen den Alltag der übergroßen Mehrheit. Die Loyalität der Ostkongoleesen gegenüber Joseph Kabila mit Blick auf die Wahlen ist also keineswegs sicher. Gerade deshalb will er in den Provinzen Stärke demonstrieren. In Lubumbashi, der zweitgrößten Stadt des Landes, wo in diesem Jahr der offizielle Staatsakt zum Unabhängigkeitstag stattfand, sprach er davon, dass die Wahlen 2011 „unumkehrbar“ seien. Seit Monaten gibt es Gerüchte, dass der Wahlkalender nicht zu halten sei. Zuwenig Geld, zu schlecht organisiert, mangelnder politischer Wille. Die Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag wurden außerdem im ganzen Land begleitet von der Angst vor Anschlägen. In Lubumbashi ereignete sich nach Pressemeldungen ein tödlicher Schusswechsel. Die Polizei lieferte sich offenbar ein ca. einstündiges Gefecht mit bewaffneten Angreifern unklarer Herkunft. Zwei Bewaffnete und drei Zivilisten kamen nach Meldungen der BBC

dabei ums Leben. Ziel des Angriffs war offenbar ein Waffenlager der Armee in einem Industriegebiet, die Behörden haben dies aber abgestritten. Ein Regierungssprecher sprach hingegen von „Räubern“, die es auf Mineralien in dem benachbarten Bergbauunternehmen abgesehen hatten.

Die Furcht vor Unruhen ist nicht unbegründet. Bereits vor den jüngsten Schusswechseln in Kinshasa gab es wiederholt Zusammenstöße zwischen der Polizei und Studenten der Universität Kinshasa, bei denen mehrere Tote zu beklagen waren. Auch in Bukavu, der Provinzhauptstadt von Süd-Kivu und in Shabunda kam es in den vergangenen Wochen nach Informationen der deutschen „tageszeitung“ (taz) zu Protestmärschen wütender Bürger. Ein Memorandum geflohener Bewohner Shabundas warf der Regierung vor, die gespannte Sicherheitslage billigend in Kauf zu nehmen, damit sich die Wähler davon abgehalten werden, sich in das Wahlregister eintragen zu lassen.<sup>1</sup> Ohnehin gibt es bei der Registrierung der Wähler offenbar Probleme: Da die internationale Gemeinschaft die Wahlen mit weit weniger finanziellen Mitteln unterstützt als noch 2006, wurden – offiziell ausschließlich aus Kostengründen – weniger Registrierungsbüros eingerichtet, so dass zahlreiche Bürger weitere Wege zurücklegen müssen, um sich in die Listen einzutragen. Außerdem wird den staatlichen Stellen vorgeworfen, Menschen doppelt registriert zu haben und sogar Minderjährigen Wahlausweise auszuhandigen.

Für die Opposition böte die politische Lage an sich genügend Angriffspunkte, um gegen Amtsinhaber Kabila in Stellung zu gehen. Jedoch bedürfte es nach den Anfang des

<sup>1</sup> Vgl. D. Johnson, taz Nr. 9532 vom 29.06.2011, Hintergrund, S.19

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

TINKO WEIBEZAH

Juli 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/konao](http://www.kas.de/konao)

Jahres verabschiedeten Verfassungsänderungen, nach denen der zweite Wahlgang, die Stichwahl also, abgeschafft ist, einer vereinten Anstrengung, will man Kabila bei den Wahlen bezwingen. Es ist der Opposition jedoch nicht gelungen, sich auf einen einzigen Kandidaten zu einigen – so treten mit Etienne Tshisekedi und Vital Kamerhe gleich zwei potentielle Herausforderer an. Diese Spaltung der oppositionellen Kräfte könnte am Ende dann doch Kabila in die Hände spielen, da die Unterstützung der einzelnen Alternativkandidaten eventuell doch nicht ausreichen wird.

So begleiteten zehntausende Menschen in Goma, in Nord-Kivu und Bukavu den Wahlkampfauftritt von Kabilas ehemaligem Parlamentspräsidenten Vital Kamerhe, der mit seiner neuen "Union der kongolesischen Nation" (UNC) antritt, was in Kinshasa mit einiger Nervosität zur Kenntnis genommen wird. Daher wird seit Monaten darüber spekuliert, dass Kabila bewusst die Unsicherheit im Osten toleriert, um die dortige Zahl potentieller Oppositionsstimmen zu reduzieren.<sup>2</sup>

Der UN-Sicherheitsrat hat angesichts der dauernden Unsicherheit kürzlich auch die größte Blauhelm-Mission der Vereinten Nationen um ein weiteres Jahr verlängert. Die 15 Ratsmitglieder, darunter Deutschland, sprachen sich einstimmig für die Fortsetzung des Einsatzes in der Demokratischen Republik Kongo aus. Neben der schlechten Sicherheitslage war eben auch die für November geplante Präsidentschaftswahl ein Grund für die Verlängerung der Friedensmission. Leicht gefallen ist die Entscheidung indes nicht: Seit über einem Jahrzehnt schon sind die Vereinten Nationen vor Ort, mittlerweile mit knapp 20.000 Soldaten und zivilen Experten. Die jährlichen Kosten des Einsatzes belaufen sich auf 1,4 Milliarden US-Dollar. Auch der Deutsche Bundestag hat Anfang Juli in einem fraktionsübergreifenden Antrag „Die demokratische Republik Kongo stabilisieren“ die negativen Tendenzen bei der Entwicklung des Landes und das schlechte politische Klima thematisiert: „Das Vertrauen der Bevölkerung in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist [...] in den letzten Jahren gefährlich gesunken. Dazu haben die Einschüchterung, die Verfolgung und auch die Ermordung von Oppositionellen, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten beigetragen. Der Wahlkampf und die Wahlen erfordern jetzt die volle Aufmerksamkeit und eine intensive Begleitung durch

die internationale Gemeinschaft, um glaubwürdige Wahlgänge durchführen, Vertrauen zurückgewinnen zu können und Gewaltausbrüchen wie etwa in der Elfenbeinküste vorzubeugen.“<sup>3</sup>

Folgerichtig ist in der Resolution 1991 des UN-Sicherheitsrates vom 28. Juni die Rede von der Sorge um die „humanitäre Lage und das weiterhin große Ausmaß von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung“. Außerdem sei „in erster Linie die Regierung der DR Kongo für die Sicherheit verantwortlich“. Die Resolution verlangt ebenfalls Maßnahmen gegen Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen, „Vergewaltigungen in Süd-Kivu eingeschlossen“.<sup>4</sup>

Die Provinzen Nord- und Südkivu sind seit Jahren chronische Unruheherde. Verschiedene Rebellengruppen halten sich in den undurchdringlichen Wäldern versteckt. Fast 90 Prozent der Blauhelmsoldaten sind hier stationiert, bekommen die Situation jedoch nicht unter Kontrolle. Die ortsansässigen Milizen verfügen über bessere Ortskenntnisse, sie sind in sehr unwägbarem Gelände tätig. Weder die UN noch die regulären kongolesischen Streitkräfte haben genügend Fahrzeuge, Personal und Bewaffnung, um wirksam gegen diese Truppen vorzugehen und sie zur Aufgabe zu zwingen. Hinzu kommt, dass in jüngster Zeit wieder vermehrt Soldaten der Regierungstruppen zu den Milizen überlaufen. Zu schlecht sind die Lebensbedingungen und Alternativen gibt es kaum. In Konsequenz der Handlungsunfähigkeit der kongolesischen Armee ist auch nach wie vor der Einsatz internationaler humanitärer Helfer in den Provinzen bedroht.

Das ganze Ausmaß der humanitären Tragödie in der DR Kongo wurde bereits im vergangenen Jahr durch einen Untersuchungsbericht der VN erstmals umfassend dokumentiert.

---

<sup>3</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Drs. 17/6448, 06.07.2011, [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

<sup>4</sup> Vgl. D.Johnson, „Sicherheit und Wahlen – UN-Rüffel für Kinshasa“ in: taz-blog, <http://blogs.taz.de/kongo-echo/>

---

<sup>2</sup> Vgl. Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR KONGO

TINKO WEIBEZAH

Juli 2011

www.kas.de

www.kas.de / konao

Die Menschenrechtssituation im Land bleibt also weiterhin unbefriedigend. Menschenrechts-aktivisten und Journalisten werden zunehmend in ihrer Arbeit eingeschüchtert, mit dem Leben bedroht oder ermordet. Hierfür zeichnen auch die staatliche Polizei und der nur dem Präsidenten unterstellte Geheimdienst *Agence*

*nationale du Renseignements* (ANR) verantwortlich.

Auch bleiben weiterhin Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt, die mit der UN-Sicherheitsratsresolution 1820 als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit besonders geächtet sind, als Einschüchterungs- und Herrschaftsinstrument an der Tagesordnung.

Wie die Nachrichtenagentur AFP berichtete, seien im jüngsten Fall Einheiten der regulären Streitkräfte (FARDC) in der Nacht zum 11. Juni in die Dörfer Kanguli, Abala und Niakiele eingedrungen und hätten Plünderungen und bis zu 150 Vergewaltigungen begangen. Ein Sprecher der kongolesischen Armee dementierte, dass die Armee verantwortlich sei. Eine Mission aus Vertretern mehrerer UN-Organisationen sammelt nun in der Region Informationen, um die Berichte zu überprüfen.

Bereits im August des vergangenen Jahres hatte ein ähnlicher Vorfall in der Provinz Nordkivu, als in dem von UN-Patrouillen geschützten Ort mehrere hundert Frauen von mutmaßlichen ruandischen Hutu-Milizionären systematisch vergewaltigt worden waren, zu einer schweren Krise innerhalb der UN-Mission geführt.<sup>5</sup> In der Presse häuften sich die Berichte, nach denen es der MONUSCO nahezu unmöglich sei, gezielte Vergewaltigungen und Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung wirksam zu unterbinden.<sup>6</sup>

Diese unbefriedigende Gesamtlage führt natürlich in der Bevölkerung zu Verbitterung.

---

<sup>5</sup> Vgl. D. Johnson, taz Nr. 9532 vom 29.06.2011, Hintergrund, S.19

<sup>6</sup> Vgl. Deutschlandfunk: „Sind die UNO-Schutztruppe im Ost-Kongo machtlos? Tinko Weibezahl im Gespräch mit Christoph Heinemann, [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/1268246/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1268246/)

Darüber können auch publikumswirksam inszenierte Vorstellungen, wie das Urteil im sogenannten „Chebeya-Prozess“ nicht wirklich hinwegtäuschen. Nach der Ermordung des prominenten Menschenrechts-aktivisten Floribert Chebeya vor einem Jahr hat ein Gericht in Kinshasa vier Polizisten zum Tode verurteilt. Ein Polizist wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, drei weitere angeklagte Polizisten wurden freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte die Todesstrafe für fünf der Angeklagten gefordert sowie 20 Jahre Haft für die drei, die nun freigesprochen wurden. Chebeya, damals Vorsitzender der Organisation «La Voix des Sans-voix» (Die Stimme der Stimmlosen) befand sich auf dem Heimweg von einer polizeilichen Vorladung und wurde einen Tag später tot auf dem Rücksitz seines Autos aufgefunden. Sein Fahrer wurde illegal festgenommen und ist seitdem nicht wieder aufgetaucht. Drei der zum Tode Verurteilten befinden sich auf der Flucht - der Chef der Eliteeinheit „Simba“, sein Leibwächter und der Protokollchef der Generalinspektion der Polizei.

Als positiv ist zu vermerken, dass Nationalversammlung und Senat mittlerweile ein Wahlgesetz verabschiedet haben, dass durchaus als Erfolg der Opposition gelten darf. Auf Initiative der Opposition wurde die von der Regierung geplante massive Erhöhung der von Kandidaten zu hinterlegenden Kautionen wieder rückgängig gemacht - diese bleiben auf dem Niveau von 2006. Außerdem wurden die Neugliederung der Wahlkreise in der Hauptstadt Kinshasa und die Einführung einer 10-Prozent-Hürde, um in einem Wahlkreis Sitze zu bekommen abgelehnt. Diese beiden Vorschläge hätten kleinere Parteien benachteiligt und damit viele Politiker aus dem Rennen geworfen.

Wie geht es aber weiter? Die Vereinten Nationen lassen kaum einen Zweifel daran, dass sie den guten Willen der Regierung hinsichtlich fairer Wahlen kritisch betrachten. Sie forderten die Regierung überdeutlich auf, „ein Klima zu schaffen, das faire, regelmäßige, glaubwürdige und transparente Wahlen begünstigt“. In der neuen Resolution behält sich die UNO auch das Recht zur Entsendung einer Sondertruppe in den Kongo für die Wahlen vor – 2006 war in Kinshasa eine deutsch-französisch geführte EU-Truppe stationiert. Soweit muss es hoffentlich nicht kommen.